

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

24.09.2019

STELLUNGNAHME

Anhörung des Landtagsausschusses für Europa und Internationales zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Europäische Klimapolitik forcieren: CO₂ einen Preis geben und Energiegeld einführen"

LT.-Drucksache 17/5724 vom 10.04.2019

I. Grundsätzliches

Nordrhein-Westfalen ist Deutschlands führendes Energie- und Industrieland. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist sich der daraus resultierenden Verantwortung bewusst und bekennt sich ausdrücklich zu den Klimaschutzziele, wie sie insb. im Übereinkommen vom Paris beschlossen worden sind. Seit vielen Jahren leisten unsere heimischen Unternehmen mit innovativen Technologien und Produkten unverzichtbare Beiträge zum Klimaschutz.

Die Innovationsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft stellt einen unverzichtbaren Teil der Lösung für die klimapolitischen Herausforderungen dar. Wird das exportorientierte Erfolgsmodell der deutschen Volkswirtschaft durch innovations- und technologieoffenen Klimaschutz weiter gestärkt, kann daraus auch eine Vorbildfunktion für andere Länder erwachsen. Aus Sicht der NRW-Wirtschaft ist es daher bei der Umsetzung der Klimapolitik unbedingt angezeigt, weitere Investitionen anzureizen und geeignete Rahmenbedingungen für Innovationen zu geben.

Der europäische Emissionshandel (ETS) setzt heute den wesentlichen Rahmen zur zuverlässigen, technologieoffenen und effizienten Zielerreichung in den Sektoren Industrie und Energie. Der ETS hat sich hierfür als Instrument bewährt und stellt bisher und auch in Zukunft die verbindliche Erreichung der vereinbarten Minderungsziele sicher. Wichtig ist, dass es nun auch in den weiteren Sektoren, also bei Gebäuden, Verkehr und Landwirtschaft, gelingt, ebenso ambitioniert und verlässlich zur Erreichung der Klimaziele beizutragen.

Wir begrüßen dementsprechend die laufenden politischen Bemühungen, in den Bereichen Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft die Erreichung der zugesagten Klimaschutzziele deutlich zu intensivieren. Mit den veröffentlichten Beschlüssen

des Klimakabinetts der Bundesregierung, wurden wichtige Weichen gestellt. Als zentrales Element sehen wir dabei die mittelfristige Einführung einer nationalen auktionsbasierten CO₂-Bepreisung für Gebäude und Verkehr an.

Mit der geplanten Einführung dieses nationalen Emissionshandelssystems (nEHS) setzt die Bundesregierung die Kernforderung des vorliegenden Antrags gegenüber Bundes- und Landesregierung sowie die entsprechende Position der NRW-Landesregierung zur Einführung einer CO₂-Bepreisung um.

II. Anmerkungen im Detail zur Bepreisung von Emissionen

Für Wirtschaft und Verbraucher ist es von essentieller Bedeutung, dass die politischen Rahmenbedingungen zur Bepreisung von Emissionen marktwirtschaftlich, technologieoffen und damit besonders effizient ausgestaltet werden. Mit einer Mischung aus schnellgreifenden Maßnahmen und dem geplanten nEHS für Mobilität und Gebäude kann die weitergehende Erreichung der Klimaschutzziele gelingen. Neben den rein ökologischen Aspekten sind dabei zwingend auch Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Akzeptanz gleichrangig mit zu berücksichtigen. Doppelbelastungen und Carbon-Leakage lehnen wir ab. Wo neue Maßnahmen zu zusätzliche Belastungen führen, sind diese durch Entlastungen bei ineffizienten bestehenden Regelungen auszugleichen.

Die Klimaschutzmaßnahmen sind auf Zielerreichung auszurichten und dürfen nicht zur Generierung von Mehreinnahmen für den Staat zweckentfremdet werden. Zudem muss sich ein etwaiger Preis ggf. in ein idealerweise kurzfristig reformiertes Abgaben- und Steuersystem einfügen. Das bestehende Abgaben- und Umlagesystem hat u.a. auch dazu geführt, dass die Kosten des Produktionsfaktors elektrische Energie signifikant gestiegen sind. Mit einer steigenden Belastung in den Sektoren Gebäude und Verkehr muss zwingend eine Entlastung an anderer Stelle einhergehen.

Bei der weiteren Ausgestaltung der Beschlüsse des Klimakabinetts ist es wichtig, vorrangig die Klimaschutzziele durch Investitionen und Innovationen zu erreichen. Hierzu bedarf es eines Zusammenspiels von attraktiver Förderung, insbesondere durch Anreizprogramme, und kluger Bepreisung. Politische Vorfestlegungen über die effizienteste Technologie zur Reduzierung der Emissionen lehnen wir grundsätzlich ab. Konkret sprechen wir uns vor allem für deutliche Impulse für die energetische Gebäudesanierung und –modernisierung sowie die technologieoffene Förderung alternativer Antriebe und CO₂-neutraler Kraftstoffe aus. Wir setzen uns dafür ein, einen Schwerpunkt auf weitere F&E-Maßnahmen in diesen Bereichen zu setzen.

Langfristig setzen wir uns dafür ein europäische und wo immer auch möglich internationale Lösungen im Bereich des Klimaschutzes zu etablieren. Klar ist, das Ziel eines umfassenden Klimaschutzes wird sich nur im Zuge einer ganzheitlichen

Anstrengung auf globaler, europäischer und nationaler Ebene erreichen lassen. Zielführend wird ein wirksamer Instrumentenmix aus kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen sein, die als Stufen eines einheitlichen Gesamtkonzepts wirken. Lösungen sollten zumindest im EU-Rahmen beschlossen und umgesetzt werden, möglichst aber auf Ebene der G20. In materieller Hinsicht müssen Doppelbelastungen und -regulierungen zuverlässig ausgeschlossen bleiben. Die ggf. heute einzuführenden, kurzfristigen Maßnahmen müssen das langfristige Ziel im Blick behalten und den Übergangspfad dorthin flankieren.

Wir sprechen uns daher auch dafür aus, dass sich die kommende EU-Kommission ergebnis- und technologieoffen mit der Frage befasst, wie ein solcher Übergangspfad aussehen kann. Neben der Klimapolitik sind hierbei auch eine aktive Industriepolitik und eine global orientierte Wettbewerbspolitik vonnöten. Nur so werden ein Carbon Leakage verhindert, Vermeidungskosten gesenkt und Wertschöpfungsketten erhalten.